



Nr. 427 | 08.12.2022

Russland-Analysen

- Memorial
- Filtration
- Verhandlungen

■ KOMMENTAR Zur aktuellen Lage von Memorial International Anke Giesen (Memorial International und MEMORIAL Deutschland)	2
■ KOMMENTAR Bremen als Ort der Andersdenkenden Susanne Schattenberg (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	4
■ INTERVIEW Aber wir sind am Leben...! Interview mit Robert Latypov (Memorial Perm)	5
■ DOKUMENTATION Das Archiv von Memorial – Evolution und Evakuierung Nikita Lomakin (Memorial International)	7
■ ANALYSE »Filtration«: System, Ablauf und Ziele Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	9
■ DOKUMENTATION Bericht von Human Rights Watch zu den Filtrationslagern	15
■ KARTE Filtrationslager in der Region Donezk	18
■ KOMMENTAR Keine Verhandlungen um jeden Preis Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)	19
■ KOMMENTAR Verhandlungslösung? Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	20

Zur aktuellen Lage von Memorial International

Anke Giesen (Memorial International und MEMORIAL Deutschland)

Als im November 2021 bekannt wurde, dass der russländische Staat den internationalen Dachverband des Memorial-Netzwerks sowie dessen Mitglied, das Menschenrechtszentrum Memorial, gerichtlich zu liquidieren sucht, war die Aufregung in Kreisen der mit Russland befassten Wissenschaftscommunity und zivilgesellschaftlichen Akteure groß. Wurde doch die Eröffnung der betreffenden staatsanwaltlichen Verfahren gegen beide Organisationen als weiterer bedeutender Schritt in der Entwicklung Russlands zum autoritären Staat gewertet.

Inzwischen ist es neun Monate her, dass Russland – fußend auf absurden Begründungen – die Ukraine überfallen hat und bis heute dort einen unmenschlichen Krieg gegen die Zivilbevölkerung führt. Es liegt zwei Monate zurück, dass die russische Führung Teile der eigenen Zivilbevölkerung für diesen Krieg mobilisiert hat.

Wie geht es unter dieser weiter verschärften Lage den Mitarbeitenden von den inzwischen liquidierten Organisationen und den anderen russländischen Mitgliedsverbänden des Memorial-Netzwerks?

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ereignisse der letzten zwölf Monate das seit über dreißig Jahren im postsozialistischen Raum bestehende Netzwerk zu einer tiefgreifenden Neuorientierung zwingen.

In der Zeit von November 2021 bis zum Februar 2022 ging man im Moskauer Hauptquartier des Netzwerks noch relativ gelassen mit Anklage und dem Urteil zur Zwangsauflösung vom 28. Dezember 2021 um, auch wenn man sich über die Chancen des Erfolgs des Revisionsverfahrens keine Illusionen machte. Da die Zwangsauflösung erstmal »nur« den internationalen Dachverband und das Menschenrechtszentrum betraf, schien es zunächst möglich, die Arbeit der beiden Organisationen auf andere juristische Personen im Memorialnetzwerk zu verlegen. Die Räumlichkeiten wurden auf die Mitgliedsorganisation »Informations- und Aufklärungszentrum NIPC Memorial« und die Aufgabe der Koordination des Netzwerks innerhalb Russlands auf den russländischen Dachverband übertragen. Die im Rahmen des Menschenrechtszentrums aktiven Juristen und Menschenrechtler verlagerten ihre Tätigkeit in ein neu ins Leben gerufenes informelles Netzwerk. Man war sich allerdings klar, dass man das Risiko minimieren müsse, dass auch Memorial Russland gezwungen würde, sich als »ausländischer Agent« zu registrieren. Auch verbrachte man vorsorglich die Archive an einen sicheren Ort und begann deren Digitalisierung voranzutreiben.

Als kurz nach dem Einmarsch in die Ukraine jedoch die Moskauer Räumlichkeiten einer Razzia durch OMON-Truppen und den FSB unterzogen wurden, wurde deutlich, dass die Verlagerung der Arbeit auf andere juristische Personen im Netzwerk keine Lösung darstellt. Aus der Tatsache, dass dabei sämtliche Büros und alle Computer konfisziert wurden – ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu noch existierenden Memorial-Organisationen, wie NIPC oder Memorial Moskau – wurde geschlossen, dass es dem gesamten Netzwerk an den Kragen gehen sollte.

Die Befürchtung, dass auch die lokalen Machthaber in den Regionen die örtlichen Memorial-Organisationen zur Schließung zwingen würden, bewahrheitete sich glücklicherweise nur teilweise. So wurde bisher lediglich der Permer Memorialverband gerichtlich aufgelöst, der sich aber unter neuem Namen schnell reformieren konnte. Zurzeit wird jedoch gegen die Memorial-Organisation in Komi vorgegangen. Viele regionale Verbände blieben aber glücklicherweise bisher einigermaßen unbehelligt, was wohl auch damit zusammenhängt, dass die Mehrheit der lokalen Organisationen aufgrund ihrer sehr begrenzten finanziellen Mittel von den regionalen Behörden nicht als »gefährlich« in ihrer Wirkung auf die örtliche Bevölkerung eingeschätzt wird.

Sowohl der internationale Dachverband als auch das Menschenrechtszentrum hatten nämlich jeweils beträchtlich Summen an Fördergeldern aus dem Ausland akquirieren können, was ihre Unabhängigkeit gegenüber der Finanzierung aus russländischen und damit staatlich regulierbaren Quellen garantiert hatte. Damit waren sie – trotz ständiger Versuche seitens des Staates, sie über das Agentengesetz zu disziplinieren – staatlicherseits schwer kontrollierbare zivilgesellschaftliche Player gewesen – ein Status, der in einem durch die Putinsche Machtvertikale kontrollierten Russland weder auf der regionalen noch föderalen Ebene goutiert wird.

Wenn auch die regionalen Mitgliedsverbände als juristische Personen im vergangenen Jahr erstmal nicht im Fokus der behördlichen Verfolgung standen, sahen sich aber eine große Anzahl der Aktiven im russländischen Memorial-Netzwerk nach Kriegsbeginn persönlich in Gefahr: Viele hatten in Artikeln und sozialen Netzwerken ein Verständnis der russländischen Geschichte und Gegenwart offenbart, das mit den neuen, mit Kriegsbeginn verabschiedeten Fake-News-Gesetzen im Widerspruch stand. Die Sorge, deshalb persönlich zur Verantwortung gezogen zu werden, führte dazu, dass viele Mitarbeitende von Memorial-Organisationen im

Verlauf des Frühjahrs das Land verließen und im Baltikum, Polen, Tschechien, Frankreich, Deutschland und weiteren EU-Ländern Zuflucht suchten.

Somit steht den in Russland verbliebenen Angehörigen des Memorial-Netzwerks seit über einem halben Jahr eine erhebliche Anzahl von »Memorialzy« gegenüber, die versuchen, ihre Arbeit in der Emigration fortzusetzen und in den betreffenden Aufnahmeländern – wenn überhaupt – auf eher kleine, hauptsächlich ehrenamtlich getragene Memorialverbände treffen.

Da sich die Flucht vieler Aktiver überaus kurzfristig und auf der Grundlage von Schengen-Visa vollzog, stellte sich in den Ankunftsändern die Frage nach Aufenthalt und Lebensunterhalt. Während einige mitteleuropäische Länder relativ unkompliziert humanitäre Visa und damit auch Arbeitserlaubnisse ausstellten, gestaltet sich die Situation in Deutschland weitaus schwieriger. Im Zusammenwirken der Stiftung für die Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen, der Russland-Co-Gruppe von amnesty international und Memorial Deutschlands konnte ein Auffangnetzwerk ins Leben gerufen werden, mit Hilfe dessen die ausgereisten Mitarbeitenden von russländischen Memorial-Verbänden mit Stipendien versorgt und auf verschiedene Einsatzorte in Museen, Gedenkstätten, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen der Geschichtsaufarbeitung verteilt werden konnten. Jedoch verfügen nach wie vor die meisten Betroffenen weder über einen gesicherten Aufenthalt noch eine Arbeitserlaubnis. Die Stipendien, an denen der gegenwärtige Aufenthaltstitel nach § 18 d des Aufenthaltsgesetzes hängt, laufen zeitnah aus, eine Anschlussfinanzierung ist in vielen Fällen ungewiss. Trotzdem tut sich das Innenministerium – trotz gegenteiliger Verlautbarungen von Vertretern der Bundesregierung – mit der Erarbeitung einer Empfehlung für den Umgang mit der betroffenen Personengruppe, die den Ländern und damit auch den lokalen Ausländerämtern als Orientierung dienen könnte, schwer.

Diese unklare Zukunftsperspektive der zahlreichen in Deutschland befindlichen Aktiven wirkt sich natürlich auf den Zustand des Gesamtnetzwerks auf, der ja auch in Russland nicht als gesichert erscheint.

Im Vorstand von Memorial International, der unbeeindruckt von der rechtlichen Auflösung des Dachverbands weiter regelmäßig seine Vorstandssitzungen abhielt und über die Zukunft des Netzwerks beriet, war man sich schnell einig, dass das Hauptquartier des Netzwerks perspektivisch nicht in Moskau bleiben könne, sondern dass es einen neuen internationalen Dachverband mit Sitz in Europa geben müsse. Der ursprünglich ins Auge gefasste Standort Berlin schied einmal aus Gründen der deutschen Gesetzgebung für internatio-

nale Organisationen, aber auch wegen der Visa-Politik der Bundesregierung schnell aus und andere Städte wie Wien, Brüssel und Genf rückten in den Fokus. Neben der Entscheidung für einen geeigneten Standort erwies sich der Prozess der Ausarbeitung einer neuen Satzung, bei dem möglichst eine von Vielfalt gekennzeichnete Gruppe von Aktiven (Vertreter russländischer und europäischer, hauptstädtischer und regionaler Verbände, der jungen und der älteren Generation) miteinbezogen werden sollte, als langwierig.

Während eines weiteren Gerichtsprozesses zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Übertragung der Räumlichkeiten von Memorial International an das NIPC Memorial ging die Nachricht über die bevorstehende Verleihung des Friedens-Nobelpreises durch die Medien. Der Preis stellt vor dem Hintergrund dieser Situation zwar einen enormen Ausdruck von internationaler Wertschätzung und moralischer Unterstützung dar, kann aber dem Netzwerk leider auch keine nachhaltige Perspektive bieten.

Ob das Netzwerk, seine Menschenrechtsarbeit und seine Bemühungen zur Aufarbeitung der sowjetischen Staatverbrechen noch eine Zukunft haben, wird davon abhängen, inwieweit diese Tätigkeiten in größerem Maßstab in Russland überhaupt noch weiter möglich sein werden und die emigrierten »Memorialzy« im Ausland Bedingungen vorfinden, die ihnen nachhaltig erlauben, ihre historische Forschung, Aufklärungs- und Menschenrechtsarbeit weiter fortzuführen. Hilfreich wäre hier z. B. die Gründung einer gesamteuropäischen Stiftung, die – ähnlich der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur – Projektgelder und institutionelle Förderung für die Fortsetzung der Forschung zu den sowjetischen Staatsverbrechen und deren Folgen in den Staaten des postsozialistischen Raums sowie für die historische Aufarbeitung und politische Bildung zur Verfügung stellen könnte.

Zudem ist von Wichtigkeit, ob der Umzug des Hauptquartiers des Memorial-Netzwerks nach Europa sowohl institutionell als auch mental gelingt. Memorial hat seine Identität immer aus dem Selbstverständnis der sowjetischen Bürgerrechtsbewegung hergeleitet, ein Zugang, der schon in der Vergangenheit bereits den Verbänden in Italien, Tschechien, Frankreich und Deutschland nicht in der gleichen Selbstverständlichkeit offenstand. Mit der Verlegung des Schwerpunkts des Netzwerks nach Europa wird sich Memorial ein Stück neu erfinden müssen und seine in der Sowjetunion bzw. Russland sozialisierten Angehörigen werden lernen müssen, eine weniger sowjetspezifische bzw. russländische Perspektive einzunehmen, sondern werden stärker gesamteuropäische Herangehensweisen entwickeln müssen. In diesem Prozess werden die nicht-russländischen Verbände (auch die in der Ukraine!) eine

möglicherweise wichtigere Rolle einnehmen als bisher. Der jungen Generation wird diese Umstellung zweifellos gelingen, aber für diejenigen, die die Entwicklung

Memorials seit den späten achtziger Jahren mitvollzogen haben, wird dieser Prozess auch mit emotionalen Verlusten und Fragen an die eigene Identität einhergehen.

Über die Autorin:

Dr. *Anke Giesen* ist Mitglied des Vorstands von Memorial International und MEMORIAL Deutschland e.V.

KOMMENTAR

Bremen als Ort der Andersdenkenden

Susanne Schattenberg (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Wo liegt Bremen?

»Wo liegt Bremen?«, lautete meist die Frage, wenn man vor dem Februar 2022 und vor Corona in Russland unterwegs war, und die Gesichter hellten sich erst auf, wenn man erklärte, dort zu wohnen, wo die Bremer Stadtmusikanten herkommen. Die Bremer Stadtmusikanten kennen in Russland alle, da es einen sehr beliebten sowjetischen (!) Trickfilm dazu gab, der die Geschichte allerdings sehr frei interpretierte. »Why Bremen?« fragen auch immer wieder internationale Forscher*innen, die von überall aus der Welt nach Bremen kommen und nicht fassen können, dass sich ein so bedeutendes Archiv mit 770 Dissident*innen-Nachlässen und wohl eine der größten Sammlungen von Untergrundschriften in der norddeutschen Provinz und nicht in Berlin befindet. Warum Bremen? Tatsächlich war Willy Brandts Idee, ein Archiv und Institut zu gründen, das sich ausdrücklich nicht mit Staat und Partei im Ostblock, sondern mit Gesellschaft und Kultur im Untergrund beschäftigt, an alle Ministerpräsidenten hergetragen worden, aber es war der langjährige Bürgermeister Bremens Hans Koschnick, der die Chance ergriff und die Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen 1982 gründen ließ.

Bremen hat also eine vierzigjährige Tradition als Ort der Andersdenkenden aus Osteuropa und als die Forschungsstelle zu Beginn des Krieges Hans-Koschnick-Sonderstipendien für geflüchtete Wissenschaftler*innen aus der Ukraine, Russland und Belarus ausschrieb, war es nicht erstaunlich, dass sich zahlreiche Memorial-Mitarbeiter*innen aus Moskau, St. Petersburg und Perm meldeten, mit denen die FSO seit Jahrzehnten in engem Austausch steht.

Archive und Menschen in Sicherheit bringen

Angesichts der seit vielen Jahren zunehmenden staatlichen Schikanen und Drohungen gegen Memorial hatte die FSO bereits vor einiger Zeit das Permer Archiv in

elektronischer Form zur Sicherheit eingelagert und konnte 2021 auch das Papierarchiv nach Bremen holen und sichern, bevor Memorial Perm ebenfalls im Dezember 2021 per Gerichtsbeschluss geschlossen wurde. Mit Memorial St. Petersburg gibt es ebenfalls seit mehreren Jahren ein enges Verhältnis und gemeinsame Projekte, finanziert durch die VolkswagenStiftung, zur Sicherung und Verzeichnung von Petersburger Beständen. Im Frühjahr kam also Memorial International hinzu, dessen Mitarbeiter*innen in Bremen die Dokumente verzeichnen, die in Moskau versteckt sind und dort gescannt werden.

Es halfen nicht nur die lange Tradition als Ort der Andersdenkenden und die bestehenden Kontakte, sondern ganz entscheidend auch die Serviceorientierung des Bürgeramts auf dem Campus der Universität Bremen, das die Aufenthaltsfrage löste. Auch zahlte sich aus, ein An-Institut zu sein, das frei über seine Räume verfügen kann und unbürokratisch Büros in neue Memorial-Zentralen umwandeln konnte, so dass vier Moskauer*innen, zwei Petersburger*innen und zwei Permer Platz fanden. Geholfen hat auch die große Spendenbereitschaft von Bremer*innen, die die Koschnick-Stipendien finanzierten. Allerdings waren die Stipendien nur eine Anschubfinanzierung; danach sprang die Bundesstiftung Aufarbeitung und bald auch die US-Russia-Foundation ein, mit deren Hilfe die Finanzierung der »Bremer« Memorialtzy bis Ende 2023 gesichert ist.

Geschichte ist tagesaktuell

Als An-Institut ist man gegenüber der Universität und seinen Trägern rechenschaftspflichtig, und als die FSO kürzlich ihren Jahresbericht 2022 vorstellte, kommentierte der Konrektor, früher hätte sich das Institut mehr mit Geschichte, heute wieder mit Tagespolitik beschäftigt. Aber das ist nicht richtig: Wohl selten waren Geschichte und Tagespolitik so eng verzahnt.

Zunächst fürchtet Putin nur sein Volk mehr als die Schlagkraft einer aufklärerischen Geschichte. Schließlich entwickelte die Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit Ende der 1980er Jahre eine solche Sprengkraft, dass sie maßgeblich zum Zusammenbruch der Sowjetunion beitrug. Einer der Hauptakteure damals: Memorial. Putin weiß also, wie stark die Geschichte von Leid, Terror und Unrecht die Menschen mobilisieren kann. Es liegt daher kein Zufall, sondern ein kausaler Zusammenhang vor, dass er am Vorabend des Krieges Memorial verbieten ließ. Weiter ist wohl selten der Überfall auf ein Land so stark historisch begründet bzw. verbrämt worden wie der gegen die Ukraine. Die Legitimation für den völkerrechtswidrigen Angriff präsentiert Putin in seinen faktenverdrehenden Geschichtskonstruktionen, die er seit Sommer 2021 verbreitet und ständig wiederholt und dabei weiter ausspinnt. Jede alternative, an den tatsächlichen Entwicklungen orientierte Erzählung nähme ihm nicht nur den Kriegsvorwand, sondern seiner Regierung auch das Fundament. Indem sich Putin und sein Regime selbst auf den Sockel der Geschichte stellt, macht er sich zum Hüter über die Historie, der mit Argusauge darüber wacht, dass der breiten Gesellschaft kein anderes Narrativ vermittelt wird, wie Memorial es gemacht hat.

Über die Autorin

Prof. Dr. *Susanne Schattenberg* ist Historikerin und Direktorin der Forschungsstelle Osteuropa und Professorin für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören u. a. die Parteiführer Chrusčev und Brežnev, der homo sovieticus, Dissens und Konsens. 2017 ist ihr Buch »Leonid Breschnew. Staatsmann und Schauspieler im Schatten Stalins. Eine Biographie« beim Verlag Böhlau erschienen.

INTERVIEW

Aber wir sind am Leben...!

Interview mit Robert Latypov (Memorial Perm)

Russland-Analysen: Memorial stellt seiner organisatorischen Struktur nach einen Verband gleichberechtigter Organisationen dar. So gibt es zum Beispiel das *Wissenschafts- und Informationszentrum Memorial St. Petersburg*, *Memorial International* und *Memorial Perm*, dessen Leiter Sie sind. Das *Menschenrechtszentrum Memorial* wurde im Dezember 2021 vom russischen Staat aufgelöst. Wie sieht Ihre Arbeit nach dem Dezember 2021 und nach dem 24. Februar 2022 aus? Kann die Arbeit noch auf die alte Weise fortgeführt werden?

Robert Latypov: Zu einem gewissen Maße wird die Tätigkeit der Organisationen fortgeführt. Ein Teil des Teams ist zwar ausgewandert, setzt die Arbeit aber aus der Ferne fort.

Einige Projekte, die auf öffentliche und Präsenzveranstaltungen abzielen, mussten natürlich eingestellt werden (die Behörden hätten das einfach nicht zugelassen). Andere Projekte sind aber geblieben. Beispielsweise machen wir in der Region Perm mit dem Verleih unserer mobilen Ausstellungen zur Geschichte der politischen Repressionen wei-

Die vierte Welle

Und so sehen wir 100 Jahre nach Gründung der Sowjetunion eine neue Emigrationswelle aus Russland: Nach 1917 kamen in einer ersten Welle Adlige, Bürgerliche und Demokrat*innen, der Zweite Weltkrieg verhalf in einer zweiten Welle vielen Antikommunist*innen zur Flucht, die dritte Welle setzte um 1970 ein, als die Entspannungspolitik einzelnen Gruppen wie Juden oder Deutschen zumindest teilweise eine Ausreise ermöglichte. Ihre Schicksale finden sich im Archiv der FSO in Form von persönlichen Vor- und Nachlässen. Und so wird auch in dieser Hinsicht die Geschichte Gegenwart: Die russischen Emigrant*innen sind nicht mehr nur Vergangenheit, sondern in einer vierten Welle wieder Gegenwart: meist junge, gut ausgebildete Putin-Gegner*innen, die wie die Geflüchteten vor 100 Jahren hoffen, dass ihre Ausreise nur für kurze Dauer sein möge, sich aber darauf einrichten, ihre Arbeit für Memorial an der russischen Gewaltgeschichte des 20. und jetzt auch 21. Jahrhunderts vorerst im Ausland fortzusetzen. Wo liegt Bremen? Leider sehr zentral auf der Karte der russischen Andersdenkenden im Exil.

ter. Man muss verstehen, dass diese Arbeit, weil sie nach außen gerichtet ist, sehr sensibel ist; sie erfolgt unter ständigen Gefahren und Risiken.

Russland-Analysen: Vor einigen Wochen war der Gedenktag für die Opfer der politischen Repressionen, am 30. Oktober. Memorial hat es geschafft, in Russland verschiedene Veranstaltungen zu organisieren, bei denen die Menschen öffentlich Namen von Opfern verlesen. Es gab eine Reihe von Online-Veranstaltungen und Streams auf YouTube. Es wurden auch subtilere Aktionen durchgeführt. Welche Bedeutung hat Memorial heute für die Menschen in Russland und in anderen Ländern?

Robert Latypov: Memorial bleibt nach wie vor für viele Menschen eine sehr angesehene Organisation. Es stimmt: Die russische Regierung versucht, uns zu zerstören, zu verbieten, und die propagandistischen Medien setzen viel daran, uns in den Augen der Russ*innen zu marginalisieren und zu stigmatisieren. Aber wir sind am Leben, und die Menschen reagieren nach wie vor auf die Dinge und Aktionen, zu denen wir sie einladen und aufrufen.

Russland-Analysen: Ein Teil der Organisationen hat das Land verlassen und arbeitet an verschiedenen Projekten im Ausland. Welche Unterstützung erhalten sie dort, was ist wichtig, was ist vonnöten?

Robert Latypov: Das ist eine schwierige Frage. Man sollte dem »Genossen Major« [den Sicherheitsbehörden; Anm. d. Red.] wohl kaum dadurch helfen, dass derlei sensible Informationen veröffentlicht werden.

Russland-Analysen: *Memorial* hat zusammen mit Ales Bjalzskij aus Belarus und dem ukrainischen *Zentrum für bürgerliche Freiheiten* den Friedensnobelpreis erhalten. Gibt es eine Verbindung zwischen Ihnen dreien, außer dem Umstand, dass Sie sich für Menschenrechte einsetzen?

Robert Latypov: Es gibt eine ganz direkte Verbindung, nämlich den Kampf für Menschenrechte im weiteren Sinne, und insbesondere den Widerstand gegen den Krieg, für die Hilfe für politische Häftlinge und Flüchtlinge, die menschenrechtliche Bildungsarbeit, bürgerschaftliche Bildung...

Russland-Analysen: Was bewirkt der Friedensnobelpreis? Bedeutet er mehr als ein Symbol oder eine finanzielle Spende nach einer Versteigerung der Medaille?

Robert Latypov: Neben den Dingen, die Sie genannt haben, besteht der Wert des Preises darin, dass er ein Vorschuss für die Zukunft ist.

Zum einen, damit unsere Arbeit weitergeht. Denn nicht nur das Bestreben der Aktivist*innen von Memorial ist von Bedeutung, sondern auch die Solidarität von außen ist vonnöten. Und dieser Preis ist eines der klaren Zeichen einer solchen Solidarität und Unterstützung.

Zweitens hilft der Preis dabei, das internationale Ansehen zu erhöhen und die Anerkennung für *Memorial* in einem Land zu stärken, das einen Krieg angezettelt hat, der aber irgendwann beendet sein wird. Und in diesem Land werden Institutionen wie *Memorial* gebraucht, Organisationen, die jetzt und später helfen, die sich in einem gewissen Maße für eine Überwindung der Folgen dieses Krieges einsetzen. Der Friedensnobelpreis ist ein öffentliches und deutliches Mandat des Vertrauens für unsere Organisation, für ihre Stimme heute und in der Vergangenheit. Es ist ein Mandat, das in Russland für die Einen unmöglich zu ignorieren ist, und das aus der Sicht von anderen für das hehre Ziel eine Umgestaltung der russischen Gesellschaft genutzt werden kann. Der Friedensnobelpreis als Vorschuss ist gewissermaßen ein Vertrauensvorschuss. Bei all den Risiken, die sich aus den Geschehnissen ergeben, aus menschlichen Faktoren, aus all der Ungewissheit usw., bedeutet das ein hohes Maß an Vertrauen.

Aber das ist natürlich nur meine persönliche Wahrnehmung.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Robert Latypov leitete die Organisation *Memorial Perm* bis zu deren formaler Auflösung durch die russischen Behörden. Er ist Mitglied der Delegation, die am 10. Dezember 2022 in Oslo anwesend sein wird, wenn *Memorial* der Friedensnobelpreis überreicht wird.

Das Archiv von Memorial – Evolution und Evakuierung

Nikita Lomakin (Memorial International)

Am 4. März 2022 war es kalt in Moskau. Seit dem frühen Morgen fand in beiden Moskauer Gebäuden von *Memorial* eine »Durchsuchung« statt: Ohne Vorwarnung oder vorherige Anfragen stürmten Dutzende Personen in die Büros und ließen niemanden hinein oder heraus. Was diese maskierten Leute suchten, ob die Durchsuchung lange dauern und wie sie enden würde, das war für alle ein Rätsel. Mitarbeiter von *Memorial* schoben neben dem Gebäude Wache, lösten sich dabei regelmäßig ab, um sich in dem winzigen Café gegenüber aufwärmen zu können. Gleich neben den Memorial-Leuten tranken dort Polizisten und Journalisten der Propaganda-Holding *Russia Today*, die mit ihnen gekommen waren, ihren Cappuccino um sich aufzuwärmen. Bei ihnen war diesmal keinerlei offene Aggression zu spüren. Sie waren einfach dabei, ihre Ziele »abzuarbeiten« (ganz wie die russischen Artilleristen mehrere Tage schon ihre Ziele in Charkiw, Kyjiw und anderen ukrainischen Städten abarbeiteten).

Zu diesem Zeitpunkt befanden sich die beiden zentralen Memorial-Organisationen, die in den Büros arbeiteten (*Memorial International* und das *Menschenrechtszentrum Memorial*), bereits auf dem Weg zur Auflösung, da sie – so ein Gerichtsbeschluss – das Gesetz über »ausländische Agenten« systematisch verletzt hätten. Dieses Gesetz war 2012 verabschiedet und 2014 verschärft worden, als Reaktion auf massenhafte Proteste der russischen Zivilgesellschaft, von einzelnen Personen wie auch von Organisationen, gegen die Annektierung der Krim und die Beteiligung Russlands am Krieg im Donbass. Die Memorial-Organisationen, die sich 30 Jahre der Sammlung von Materialien zur Geschichte der politischen Repressionen in der UdSSR und der Dokumentierung aktueller Menschenrechtsverletzungen verschrieben hatten, wurden geschlossen, weil angeblich nicht absolut alle veröffentlichten Materialien dahingehend gekennzeichnet waren, dass sie von einem »ausländischen Agenten« stammen. Die entsprechende Vorschrift ist im Gesetz schwammig formuliert und in Wirklichkeit praktisch unerfüllbar. Bis zum 4. März waren sämtliche Gerichtsprozesse verloren worden, und so war die Durchsuchung ebenso unerwartet wie angsteinflößend. Als die Mitarbeiter von *Memorial* nach 23 Stunden in die Büros kamen, entdeckten sie, dass die Vertreter von Polizei und Justiz nicht nur Safes aufgebrochen und Computer beschlagnahmt, sondern auch eine »Botschaft« hinterlassen hatten – an den Flurwänden, in den Räumen und auf den Materialien einer aktuellen Ausstellung prangte der Buchstabe »Z«.

Das Archiv und die musealen Sammlungen, die aus Sicht der Historiker den wichtigsten Teil des Erbes von *Memorial* bilden, hatten nicht gelitten. Sie waren zu diesem Zeitpunkt bereits aus dem Gebäude geschafft worden. Neben den klassischen Messgrößen Regalmeter und Terrabyte hatten sie dabei eine durchaus spürbare Dimension angenommen: als Kilogramm auf den Schultern der Mitarbeiter und Freiwilligen und als Zahl der Lieferwagen, mit denen die Materialien im Februar aus den Gebäuden *Memorial* fortgebracht wurden.

Das Archiv von Memorial

Memorial ist 1987 als Initiativgruppe zur Errichtung eines Denkmals für die Opfer der politischen Repressionen in der sowjetischen Hauptstadt entstanden. Es wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben und Geld gesammelt, was von einem der wichtigsten Medien der Perestroika-Zeit unterstützt wurde, der Zeitschrift *Ogonjok*. Allerdings wurde bereits bei der ersten öffentlichen Veranstaltung, einer Ausstellung mit den eingegangenen Denkmalentwürfen, klar, dass die Errichtung eines Denkmals nur einen winzigen Bruchteil der Arbeit bilden würde, die Staat und Gesellschaft zu bewältigen haben, um die Geschichte des 20. Jahrhunderts aufzuarbeiten. Die Menschen, die stundenlang Schlange gestanden hatten, um die Ausstellung zu sehen, wollten über die Geschichte ihrer Verwandten sprechen, Dokumente zeigen, die in der Familie erhalten geblieben waren. Sie wollten Nachforschungen anstellen und jemanden finden, dem sie ein Stück ihrer persönlichen Geschichte der politischen Repressionen in der UdSSR berichten können. So verwandelte sich die Gruppe, die zur Lösung einer Frage gegründet wurde, bald zu einer der kraftvollsten gesellschaftlichen Bewegungen der Perestroika-Zeit und zu einem Netzwerk, zu dem Organisationen in Dutzenden Städten des Landes gehörten.

Eine der Aufgaben jeder *Memorial*-Organisation war die Sammlung von Dokumenten. Zu Beginn ging es vor allem um die »Fragebögen von Memorial«, die von den Opfern der Repressionen selbst oder deren Verwandten ausgefüllt wurden, und in denen von den jeweiligen Geschehnissen berichtet wurde. Diesen Fragebögen wurden oft Dokumente beigelegt, die in der Familie erhalten geblieben waren. Das konnten Sterbeurkunden sein oder etwa Rehabilitierungsbescheide. Seltener waren es Briefe aus dem Lager, Memoiren oder Gegenstände, die von den Erfahrungen in der Unfreiheit berichten. Im Zuge der allmählichen (und bis heute unvollständigen!) Öffnung der staatlichen Archive, insbesondere der Archive des Innenministeriums und des FSB (des Nachfolgers des KGB) erhielt *Memorial* Kopien

offizieller Dokumente, die von Angehörigen und Historiker*innen gesammelt wurden. Die Archive von *Memorial* füllten sich auch dank des Schriftwechsels mit polnischen, deutschen und tschechischen Familien, die etwas über das Schicksal ihrer Verwandten erfahren wollten, die einst in der UdSSR gewesen waren. In den Zentren der Dissidentenbewegung, also den großen Städten der Sowjetunion, wurden *Memorial* Dokumente sowjetischer Bürgerrechtler*innen und Kämpfer*innen gegen das Regime überlassen.

Bis 2021 bestand in Moskau das größte der *Memorial*-Archive, in dem unter anderem auch Dokumente von *Memorial*-Organisationen in anderen Städten gesammelt wurden. Es umfasste rund 900 laufende Meter an Dokumenten, sowie Terrabytes an eingescannten Materialien sowie Tausende Audio- und Videointerviews auf unterschiedlichen Datenträgern. Dutzende Fachleute haben die Aufarbeitung der Materialien und das Scannen übernommen und die Archivbestände auf- und ausgebaut. Ihre Arbeit mündete in einer Vielzahl von Publikationen und in der Digitalisierung eines Großteils der Dokumentensammlung über die Opfer des Terrors von den 1930er bis zu den 1950er Jahren (Archiv zur Geschichte des GULAG) sowie einer Teildigitalisierung der Sammlung zu den Repressionen nach Stalins Tod (Archiv zur Geschichte der Dissidenz).

Als Ende 2021 offensichtlich wurde, dass es keine Aussichten mehr gab vor Gericht zu bestehen, wurde die schwierige Entscheidung getroffen, das Archiv zu evakuieren. Das nahm über einen Monat in Anspruch. Gleichzeitig wurde klar, dass die Arbeit nicht wie früher weitergehen kann.

»Die Unterschrift von unseren Partnern brauchen wir nicht«

Nach der Durchsuchung begannen viele Mitwirkende von *Memorial*, wie auch viele andere Russ*innen in den ersten Monaten des Krieges, das Land zu verlassen. Hinsichtlich der Mitarbeiter*innen des Archivs hatte der Umzug des Archivs eine ganz praktische Bedeutung: in Russland Geld für eine Fortführung der Digitalisierung aufzutreiben, war unmöglich geworden. Die Menschen in Russland haben jetzt Angst, große Summen für große Projekte zu spenden, und Überweisungen aus dem Ausland waren eine Lotterie, bei der *Memorial* kein Glück haben konnte. Daher erschien es vernünftig, die Arbeit an der digitalen Darstellung und Veröffentlichung der Sammlung von der Arbeit mit den physischen Dokumenten zu trennen. Erstere kann von jedem beliebigen Ort der Welt erledigt werden, letztere nur in Moskau.

Bald nach der Durchsuchung wurden die ersten Briefe verschickt, in denen europäische Archive sowie zeithistorische und erinnerungspolitische Institute um Hilfe für das Archiv von *Memorial* gebeten wurden. Die Reaktion war überwältigend. In einer Situation, in der sich die ganze Welt gegen Russland (und mitunter auch gegen Russ*innen) wandte, haben weltweit Dutzende Institutionen angeboten, bei der Evakuierung oder durch eine Fernanstellung von Mitarbeiter*innen zu helfen. In Deutschland ist ein Analogon zur nordamerikanischen »Underground Railroad« für flüchtige Sklaven entstanden, eine Gemeinschaft von Menschen, die in Organisationen von *Memorial* mitwirken, und Stipendiat*innen. Diese Gemeinschaft machte es möglich, für viele Archivare*innen und andere Mitwirkende von *Memorial* Stipendien und Arbeitsplätze aufzutreiben. Das erfolgte oft mit Tempo und den Formalitäten und bürokratischen Hürden zum Trotz, was besonders deshalb wertvoll war, da die allgemeine Nervosität äußerst stark zunahm und Lebenspläne höchstens für eine Woche entworfen werden konnten.

Einer der »rettenden Häfen« für das Archiv von *Memorial* ist die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Das dortige riesige Archiv zur Geschichte der Dissidenten und der informellen Kunst in der UdSSR ist zusammen mit dem Kompetenzzentrum, zu dem sich Dutzende hervorragende wissenschaftliche Mitarbeiter*innen zusammengeschlossen haben, zu einer Fluchtstätte geworden, und zwar nicht nur für Moskauer Mitwirkende von *Memorial*, sondern auch für jene aus St. Petersburg und Perm. Die Ersten kamen nur für ein, zwei Monate. Doch dann konnten die Stipendien bis Ende 2022 verlängert werden. Jetzt wird immer deutlicher, dass es um eine mehrjährige Zusammenarbeit geht.

Die Aussichten für das Archiv von Memorial

Über die Zukunft des Archivs jetzt, Ende November 2022, nachzudenken ist schwierig. Es gibt zwar einige sehr klare Thesen, aber die Aussichten werden vom »Pulverdampf des Krieges« und von der allgemeinen Krise vernebelt, die das Land und auch *Memorial* durchmachen.

Das Wichtigste, was jetzt dringend zu tun ist, ist eine hochwertige Digitalisierung eines möglichst großen Teils der physisch vorhandenen Bestände. Darüber hinaus muss deren Unversehrtheit gewährleistet werden. Angesichts der aktuellen Lage besteht hierin das Hauptziel der Arbeit des Archivs. Gelingt dies nicht, dürften eine Aufarbeitung der Archivbestände, Veröffentlichungen, die Arbeit für Nutzer und die Zusammenarbeit mit anderen Archiven unmöglich werden.

Zweitens geht es darum, das Team, das noch vor kurzem über ganz Europa verstreut war, und das sich jetzt wieder allmählich in einigen Zentren zusammenfindet, zusammenzuhalten. Eine gemeinsame Arbeit von Archivar*innen in Europa und Moskau kann es ermöglichen, das Tempo und die Qualität beizubehalten, mit der die Dokumente aufgearbeitet und indiziert werden.

Die dritte Aufgabe sind die Publikationen. Die Auflösung von *Memorial International* hat das Archiv mit einer Reihe nicht abgeschlossener Projekte zurückgelassen, die die Transparenz und den Online-Zugang zur Sammlung erheblich verbessern sollten. Diese Vorhaben mussten alle aufgeschoben, aber zum Glück nicht gänzlich aufgegeben werden. Ein Teil wird wie geplant umgesetzt werden, zum Beispiel das Namensregister zum Archiv. Bei einem Teil sieht es immerhin schon besser aus, da es jetzt auch eine Zusammenarbeit mit anderen Archiven gibt (etwa bei der angestrebten Publikation eines Verzeichnisses von Dokumenten der Dissidentenbewegung in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen).

Das Vierte ist der Lernprozess. Die enge Zusammenarbeit mit Archiven in ganz Europa, die sich aufgrund der tragischen Geschehnisse von 2022 ergab, stellt für viele Archivare eine neue Erfahrung dar. Das Leben und die Arbeit »als Gast« macht im Vergleich zu früher einen sehr viel intensiveren Erfahrungs- und Ideenaustausch möglich.

Was sich daraus ergibt? Schauen wir mal.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Nikita Lomakin ist Stipendiat der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Programm »Memory Work« an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und für den Aufbau und die Koordination des digitalen Archivs von Memorial zuständig.

ANALYSE

»Filtration«: System, Ablauf und Ziele

Yana Lysenko (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/RA.427.01

Zusammenfassung

Der Begriff »Filtration« im Kontext der russischen Aggression gegen die Ukraine sorgt für internationale Aufmerksamkeit und Besorgnis. Da die Ukraine und Russland den Begriff der »Filtration« unterschiedlich nutzen und kontextualisieren, bleibt viel Raum für unterschiedliche Auslegungen des Vorganges. Im Folgenden soll versucht werden, das System der Filtration zu beschreiben und einzuordnen. In den Blick genommen werden dabei Filtrationseinrichtungen auf aktuell russisch besetztem ukrainischem Gebiet sowie auf russischem Staatsgebiet, in denen Menschen registriert, verhört, aufgehalten und inhaftiert werden können.

Deutungsmuster der »Filtration« in der Ukraine und in Russland

In den ukrainischen Medien tauchte der Begriff »Filtration« bereits Mitte März 2022 im Zusammenhang mit den von Russland angekündigten »Evakuierungsmaßnahmen« für die ukrainische Bevölkerung der Stadt Mariupol nach Russland auf. Die ukrainische Seite betrachtet die (ggf. auch zwangsweise) Verbringung von Menschen aus den besetzten ukrainischen Gebieten nach Russland als Deportation, die von Russland bewusst vorgenommen wird. Mit dem Begriff der

»Filtration« wird in diesem Kontext die Überprüfung ukrainischer Bürger beschrieben, bevor sie das Gebiet Russlands betreten dürfen. Auch etwaige Überprüfungsvorgänge in den russisch besetzten Gebieten werden unter dieser Bezeichnung subsumiert. Nach der Auslegung der Ukraine handelt es sich bei dieser Art von Filtration um die Nötigung ukrainischer Staatsbürger, sich einer erniedrigenden Überprüfungsprozedur zu unterziehen. Dabei müssen sie sich in die Hände des Aggressors begeben, der sie willkürlich durchsucht, psychisch und physisch misshandelt und von der Außenwelt iso-

lieren kann. Eine Analyse der ukrainischen Presse ergibt, dass der Begriff der »Filtration« im ukrainischen Diskurs daher extrem negativ konnotiert und emotionalisiert wird. Die »Filtrationslager« werden vielfach mit dem Lagersystem Nazi-Deutschlands assoziiert (von denen es zwischen 1941–1944 mehrere Hundert in der Ukraine gab). Die Ukraine fordert den Zugang internationaler Organisationen zu diesen Einrichtungen zur Aufklärung von Taten Russlands, die sie als Kriegsverbrechen wertet, und beruft sich dabei auf die Artikel 42 (Bedingungen für die Internierung) und 49 (Verbot von Zwangsumsiedlungen) der Genfer Konvention IV und auf den Artikel 147 des ersten Zusatzprotokolls (Schutz von Personen in Kriegszeiten).

Die russische Seite bestreitet die ukrainische Auslegung der Tatsachen. Der Botschafter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassilij Nebensja, wies die ukrainischen Anschuldigungen über »unmenschliche Filtrationsmaßnahmen« zurück und behauptete, dass der Begriff der »Filtrationslager« von der Ukraine erfunden sei und es sich lediglich um »Aufnahmeeinrichtungen für ukrainische Geflüchtete« handle. Offiziell behauptet Russland, dass das Land keinerlei Deportationen und Zwangsumsiedlungen der ukrainischen Bevölkerung vornimmt, sondern ausschließlich »Evakuierungsmaßnahmen« trifft, im Rahmen derer Menschen nur »registriert« und nicht »filtriert« werden. Trotz der Bemühungen offizieller russischer Stellen, sich vom Begriff »Filtration« zu distanzieren, ergab eine Untersuchung des staatlichen Pressespiegels Russlands (RIA, Radio Sputnik, TASS), dass »Filtration« als neutraler Begriff der Bürokratie genutzt wird. Nach Lesart der russischen Presse handelt es sich dabei lediglich um eine triviale Sicherheitskontrolle, die vor allem dazu dient, »ukrainische Militärangehörige«, »Geheimdienstagenten« und »Mitglieder nationalistischer Verbände« aufzudecken.

Das Filtrationssystem: Arten, Gründe und Einrichtungen der Filtration

Bezogen auf den Gesamtumfang des russischen Filtrationssystems scheinen die Ermittlung genauer Zahlen und eine zweifelsfreie Funktionszuweisung aufgrund mangelnder Zugangsmöglichkeiten aktuell unmöglich zu sein. Neben Berichten von Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch (siehe Dokumentation, Anm. d. Red.) liegt ein Bericht des Yale School of Public Health's Humanitarian Research Lab (Yale HRL) vom August 2022 vor, der für das Gebiet Donezk auf Basis von Augenzeugenberichten und Bildauswertungen eine Bestandsaufnahme von Filtrationseinrichtungen versucht. Danach werden mindestens 21 Einrichtungen auf russisch kontrolliertem Territorium der Oblast Donezk und den benachbarten Regionen zu Filtrationszwecken betrieben (siehe Karte). Yale HRL unterschei-

det vier Typen dieser Einrichtungen nach ihrer jeweiligen Funktion. Darunter befinden sich Einrichtungen zu den Zwecken (1) der Registrierung, (2) des Aufenthalts und der vorübergehenden Unterbringung, (3) des (wiederholten) Verhörs und (4) der Inhaftierung. Die Autoren des Berichts merken dabei an, dass jede Einrichtung jederzeit zu mehreren Zwecken genutzt werden kann und dass sich ihre Funktionen mit der Zeit verändern können.

Für diese Analyse wurden darüber hinaus im Oktober/November 2022 Augenzeugengespräche mit Menschen aus den Gebieten Cherson, Melitopol und aus Mariupol geführt, die sich teilweise noch vor Ort befinden und teilweise die besetzten Gebiete inzwischen verlassen haben.

Aus der Analyse von offen zugänglichen Quellen, Bildern und diesen Berichten von Augenzeugen erschließt sich ein grobes Gesamtbild des Filtrationsprozesses. Die erste Anlaufstelle (meist eine Halle oder auch ein Zelt) dient lediglich der Registrierung von Person, die sich zur Filtration melden. Es folgt im nächsten Schritt eine Wartezeit bis zur Aufnahme des bürokratischen Vorganges. Diese kann sich zeitlich und räumlich sehr unterschiedlich darstellen, da die Wartezeiten sehr unterschiedlich ausfallen: Aufenthalte für mehrere Stunden in einem von Augenzeugen so genannten vergitterten »Käfig« sind ebenso möglich wie die temporäre Aufnahme für mehrere Tage, Wochen oder sogar Monate in einer lagerartigen Unterkunftsstelle. Die Erzählungen von Augenzeugen, die eine Filtration durchlaufen haben, variieren zwar in Details, beschreiben aber im Kern ein einheitliches Muster eines Filtrationsprozesses.

Es können zwei Arten der Filtration unterschieden werden: 1) »Vor-Ort-Filtration« in den nach Februar 2022 besetzten Gebieten und 2) »Grenzübergangsfiltration« als Mittel der Grenzkontrolle vor der Einreise auf von Russland beanspruchtes oder annektiertes Gebiet, nach Russland und in die unbesetzte Ukraine.

»Vor-Ort-Filtration«

Die Filtration dieser Art ist für die Stadt Mariupol und die besetzten Gebiete von Cherson (der Artikel wurde vor der Befreiung der Stadt Cherson und den westlich des Dnjepr gelegenen Territorien der gleichnamigen Oblast am 11.11.2022 fertiggestellt, Anm. d. Red.) und Melitopol dokumentiert. Sie stellt eine Art Volkszählung dar und dient zugleich als Voraussetzung für Reisen innerhalb der von Russland besetzten Gebiete. In Mariupol wurde die in der Stadt verbliebene Einwohnerschaft von der vor Ort neu aufgestellten Stadtverwaltung informiert, dass ein Filtrationsnachweis notwendig sei, selbst wenn sie nicht vorhätten auszureisen. Nach Aussagen einer Augenzeugin wird ein solcher Nachweis benötigt, um sich frei in der Stadt bewegen zu dürfen.

Anwohner, die von russischen Milizen ohne ein solches Papier angetroffen werden, können zur Untersuchung unter Zwang in eine von mehreren Filtrationseinrichtungen gebracht werden. Als Durchführungsorte von »Vor-Ort-Filtrationen« sind für den Bereich Mariupol mindestens fünf Einrichtungen identifiziert worden, in denen Filtrationsbescheinigungen ausgegeben werden, in denen neben Namen, Geburts- und Ausstellungsdatum noch angegeben ist, in welcher Filtrationseinrichtung diese ausgestellt wurde und dass Fingerabdrücke abgenommen wurden. Mit dieser Bescheinigung müssen sich die Betroffenen in der Folge an die Kommandantur von Mariupol wenden, um weitere Bescheinigungen zu erhalten, um sich in der besetzten Oblast Donezk und der Stadt Mariupol zu bewegen.

Diese »Vor-Ort-Filtration« scheint gleichzeitig für verschiedene Zwecke der Besatzung nützlich. Sie erhalten einen Gesamtüberblick über die vor Ort lebende Bevölkerung und können deren komplette Personendaten (Fingerabdrücke, Fotos, Pässe und private Informationen von ihren vorübergehend beschlagnahmten Datenträgern) erfassen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Sammlung dieser Daten zugleich als Grundlage zur Erhebung von Zensusdaten für die Scheinreferenden diene.

Eine solche Datensammlung – insbesondere durch das erzwungene Auslesen mobiler Digitalgeräte – ermöglicht es zugleich, den Unzufriedenheitsgrad der Bevölkerung und ihr Protestpotenzial einzuschätzen und zugleich diejenigen, die als verdächtig und illoyal gegenüber den russischen Besatzungsbehörden erscheinen, direkt zu internieren. Gleichzeitig beinhalten die Methoden der Filtration einen Einschüchterungseffekt gegenüber der örtlichen Bevölkerung. Bei verdächtigen oder nicht loyal erscheinenden Personen kann es jederzeit zum Einsatz des üblichen Instrumentariums russischer Geheimdienste kommen, das körperliche und psychische Gewalt, Folter und Inhaftierung einschließt.

Ein weiteres Ziel »der Filtration vor Ort« besteht für russische Besatzer offenbar in der Notwendigkeit, Menschen, die im öffentlichen Dienst der Ukraine tätig waren, von der Kollaboration zu überzeugen. Einige Augenzeugen berichten deswegen, dass das Verhör bei Menschen dieser Berufsgruppen (z. B. Lehrkräfte, Ärzte, Verwaltungsmitarbeiter) deutlich länger als bei den anderen dauert. Eine Ablehnung dieses »Angebots« kann unmittelbare Folgen haben und bis hin zur Ermordung der betroffenen Person führen, wie das Beispiel des am 13.10.2022 in Cherson erschossenen Dirigenten Jurij Kerpantenko zeigt. Die vorstehend beschriebenen Abläufe sind für die zum Gebiet Donezk gehörende Stadt Mariupol nach deren Eroberung durch russische Kräfte ebenso dokumentiert wie für die Gebiete Cherson und Melitopol. Der Filtrationsvorgang selbst ist

nach den Berichten von Augenzeugen der im Folgenden beschriebenen Vorgehensweise ähnlich.

»Grenzübergangsfiltration«

Ebenfalls als Filtration bezeichnet wird die einer Grenzkontrolle ähnliche Überprüfung von Menschen, die die besetzten Gebiete in Richtung Russland, auf die annektierte Krim oder in die Ukraine verlassen wollen. Die Filtration derjenigen, die auf das Gebiet der Krim oder nach Russland ausreisen wollen, stellt sich als strenger und intensiver in ihrem Untersuchungsvorgang dar. »Die Grenzübergangsfiltration« für die Einreise in die Ukraine wird an den jeweiligen Checkpoints in einem verkürzten Verfahren durchgeführt.

In die »Grenzübergangsfiltration« geraten vor allem Menschen, die aus den von Russland besetzten Gebieten mit eigenen Fahrzeugen oder mit Sammelbussen ausreisen wollen und dies nicht durch die Frontlinie tun können. Eine »Grenzübergangsfiltration« müssen auch diejenigen durchlaufen, die nicht selbstbestimmt ausreisen, sondern im Laufe der von Russland organisierten »Evakuierung« nach Russland oder in andere von Russland besetzte Territorien gebracht werden.

Eine Ausreise über die Krim nutzten bis zum Spätsommer 2022 auch wehrpflichtige ukrainische Männer im Alter zwischen 18–60 Jahren, die das Land über die ukrainisch kontrollierte Grenze nicht verlassen, aber mit einer Meldeadresse in den besetzten Gebieten ausreisen durften. Wie ein Augenzeuge berichtet, waren Busverbindungen durch die »graue Zone« zwischen den Frontlinien etwa zwischen Saporischschja und Cherson zu diesem Zeitpunkt an der Tagesordnung und wurden zunächst durch die ukrainische Polizei und durch den ukrainischen Sicherheitsdienst kontrolliert und dann bis an die Kampfzone von der Polizei begleitet. Da diese Fluchtlücke auch von der ukrainischen Regierung wahrgenommen wurde, wird seit August 2022 strenger darauf geachtet, wer in die besetzten Gebiete einreist. Von den Ausreisenden wird nun eine Bescheinigung von der Einberufungsbehörde verlangt, die bestätigt, dass die Person keiner Wehrpflicht unterliegt. Das bestätigen Augenzeugen, die weiter berichten, dass aktuell eine Meldeadresse in einem der besetzten Gebiete ohne eine solche Bescheinigung nicht mehr ausreicht, um ausreisen zu dürfen.

Die »Grenzübergangsfiltration« schließt alle Elemente des oben beschriebenen Prozesses ein – also Registrierung, Datensammlung, Informationsbeschaffung und Einschüchterung. Während die Suche nach potenziellen Kollaborateuren hier weniger relevant zu sein scheint, liegt der Hauptzweck der Kontrollen offenbar in der Vermeidung von Sicherheitsgefahren für das Regime in Russland. Einreisende, die die Überprüfung nicht erfolgreich bestehen, können jederzeit interniert, inhaftiert oder zurückgewiesen werden. Nach positiver

Filtration wird teilweise ein individueller »Fahrschein« ausgestellt, allerdings nicht in allen Fällen, z. B. wenn Menschen mit einem »Evakuierungsbus« weiterreisen.

Ablauf von Filtrationsprozessen

Der Filtrationsprozess

Nach der Ankunft in einer Filtrationseinrichtung kommt es zuerst zu einer Registrierung, bei der Pässe oder sonstige Ausweisdokumente kontrolliert werden. Von den Einreisenden muss eine Migrationskarte ausgefüllt werden, die dieselbe Form wie an regulären russischen Grenzkontrollen hat. Diese Migrationskarte erfasst persönliche Daten wie Vor-, Nach- und Vatersnamen, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Art des Personalausweises, Zweck der Einreise, Aufenthaltsdauer, Daten über den etwaigen Gastgeber in Russland und dessen Wohnort. Aus den Berichten einiger Augenzeugen geht hervor, dass bei dieser Registrierung ihre biometrischen Daten aufgenommen wurden (Fingerabdrücke und Fotos), was aber längst nicht für alle dokumentierten Fälle gilt.

Nach dieser ersten Registrierung müssen die einreisenden Menschen ihre Pässe und ihr Gepäck zum Zweck der Durchsuchung abgeben. Je nach Art und Ort der Filtrationsstation gestaltet sich der weitere Ablauf unterschiedlich und Wartezeiten von einigen Stunden bis hin zu einigen Wochen sind dokumentiert. Ebenso unterschiedlich gestaltet sich die räumliche Situation. Eine Schlange im Freien oder ein Warteraum sind ebenso dokumentiert wie große Gitterkäfige, die an den Übergangsstellen von den neu von Russland besetzten Gebieten auf die ebenfalls russisch besetzte Krim bekannt sind.

Die Vorgänge illustriert der Augenzeugenbericht einer Ausreise auf die Krim vom August 2022: Wie ein Ausreisender berichtete, warteten im Vorfeld seiner Filtration ca. 60 Menschen in einem solchen Käfig auf die »Vorladung zu einem Gespräch«, ohne weitere Informationen, was sie erwarten würde: »Keine Reaktion auf unsere Nachfragen, diese wurden komplett ignoriert. Das heißt, wir haben dort solche Fragen gestellt: wo, was, wie lange, was kommt als Nächstes. Sie haben uns wie Roboter geantwortet: »Es wird ein Gespräch geben, es wird einige Zeit dauern«. Das war alles. An diesen Satz werde ich mich wahrscheinlich bis ans Ende meiner Tage erinnern«. Nach einer erheblichen Wartezeit erfolgten ein Verhör und die Durchsuchung der mitgeführten elektronischen Datenträger. Die Struktur der Befragung durch uniformierte Vernehmer kann aus den vorliegenden Augenzeugenberichten etwa wie folgt zusammengefasst und generalisiert werden:

- Fragen zur Person (Name, Alter, Wohnort, Beruf, Militärausbildung, Dienst in der ukrainischen Armee),

- Fragen zum persönlichen Umfeld,
- Fragen nach Kontakten zur ukrainischen Armee und »Nazi-Kontakten«,
- Fragen nach dem weiteren Reise- und Aufenthaltsplan,
- Fragen nach dem Verhältnis zu Wolodymyr Selenskyj, Wladimir Putin und der »Spezialoperation«.

Die Inhalte können offenbar je nach Persönlichkeit und Interessenlage des Vernehmers variieren. So wurden beispielsweise nicht alle Verhörten nach ihrem Verhältnis zu Putin und zur »Spezialoperation« befragt. Die Vernehmer treten (zumindest am Übergang zur Krim) in Uniformen des russischen Grenzschutzes ohne besondere Abzeichen auf und verfügen über Ausrüstung zur Erstellung von Film- und Fotomaterial.

Die beste Strategie, das Verhör möglichst problemlos zu überstehen, scheint es zu sein, eine absolut neutrale Haltung gegenüber allen Seiten des Konflikts darzustellen. Zeichen von Abneigung und Wut gegenüber den Vernehmenden können ein Anlass zur Festnahme sein. Eine zu loyale Haltung kann dagegen der Anlass für ein Kollaborationsangebot oder verstärktes Misstrauen werden, insbesondere, wenn Indizien einer gegensätzlichen Sichtweise in den persönlichen Gegenständen entdeckt werden. Die Augenzeugen schätzten übereinstimmend ein, dass die Vorspiegelung einer apolitischen Haltung die erfolgversprechendste Strategie sei. Sie bestätigen außerdem, dass es in einigen Fällen zu einer körperlichen Untersuchung kommt, bei der sich die Menschen entkleiden müssen. Dies scheint aber keine Standardprozedur zu sein. Sie wird auf jeden Fall offenbar dann durchgeführt, wenn eine Person zugibt, Tätowierungen zu haben, die von russischer Seite auf ihren »Nazi-ideologischen Inhalt« geprüft werden. Einen weiteren Anlass für eine Körperuntersuchung bietet, insbesondere bei Männern, die Suche nach Spuren von Waffenbenutzung.

Zur Standardprozedur gehört dagegen eine Durchsuchung aller mobilen Datenträger (Smartphone, Laptop, Tablet), die zusammen mit allen Zugangsdaten an die Vernehmer abgegeben werden müssen. Geprüft werden Kontakte, Fotos, Apps, Postings und Chats in allen sozialen Netzwerken und Messengern. Wie ein Augenzeuge berichtet, wurde sein Telefon, nachdem er alle Passwörter dafür zur Verfügung gestellt hatte, in seiner Anwesenheit ca. 30–40 Minuten lang schweigend von einem »Offizier« durchsucht. Dann sei er aus dem Raum geleitet und zurück in den »Käfig« gebracht worden, wo er noch weitere zwei Stunden warten musste. In dieser Zeit seien seine digitalen Geräte offenbar von einer Software gescreent worden, die nach den Aussagen der Vernehmer zeigen sollte, was vor kurzem vom Handy gelöscht wurde. Aus dem Bericht einer Augenzeugin aus Mariupol geht hervor, dass komplett »leere« Mobiltelefone ohne Fotos und Apps sozialer Medien als

extrem verdächtig angesehen werden und zu Spekulationen über vorheriges Löschen bestimmter Inhalte führen.

Die befragten Augenzeugen bestätigten übereinstimmend, dass sich vor der Filtration russlandkritische und ukrainefreundliche Inhalte wie Likes unter russlandkritischem Content, blau-gelbe Symbolik oder Putin verspottende Memes auf ihren Smartphones befanden. Diese waren jedoch zur Vorbereitung der Filtration gelöscht worden und konnten auch nicht wiederhergestellt werden. Diese Tatsache deutet darauf hin, dass die Androhung, auch gelöschte Inhalte sehen zu können, eher als ein Mittel des psychologischen Drucks beim Verhör eingesetzt wird. Damit wird offenbar der Versuch gemacht, die befragte Person einzuschüchtern, damit sie etwaige verschwiegene Tatsachen und Meinungen von sich aus offenlegt. Den Zugriff auf bereits gelöschte Daten zu bekommen, kann dennoch gelingen. Dies kann in einigen Fällen durch die Wiederherstellung eines Betriebssystems auf ein früheres Datum gelingen. Es braucht allerdings keinen Einsatz »besonderer Software«, mit der gedroht wird.

Nach der Filtration

Sofern die Filtration erfolgreich bestanden wurde, erhält die betroffene Person ihren Pass und persönliche Gegenstände zurück und kann die Filtrationseinrichtung zumeist mit einem Verkehrsmittel ihrer Wahl verlassen. Wird hingegen ein Verdacht erregt, kann es zur Internierung oder zur Rückführung ins besetzte Gebiet der Ukraine kommen. So berichtet ein Augenzeuge über einen Bekannten, der über die Krim nach Russland ausreiste: *»(...) er wurde für zwei Tage auf der Krim verhaftet. Er verbrachte zwei Tage in dieser Filtrationseinrichtung, weil er einen Kontakt in seinem Telefonkontaktbuch hatte, der entweder ›Wasja oder Kolja Pentagon‹ hieß. Wir haben einen solchen Bezirk in Mariupol. Und wir alle nennen ihn so. Wir hatten den Bezirk ›CIA‹ und den Bezirk ›Pentagon‹. Und so gab es bei ihm ›Kolja Pentagon‹ oder ›Wasja Pentagon‹ in seinen Kontakten. Und sie haben ihn für zwei Tage ins Gefängnis gesteckt (...), um zu überprüfen (...) In Mariupol ist dies der Bezirk Kurtschatowo und irgendwie ... ich weiß nicht einmal, wie er hieß. Kurtschatowo war immer ›die CIA‹, ich habe in ›der CIA‹ gelebt. Und hier ist dieser Bezirk. Ich weiß nicht einmal, wie es normal heißt. Es ist im Kopfaller Bewohner von Mariupol wie ›das Pentagon‹. (...) Nein, sie haben ihn nicht geschlagen, er hat die ganze Zeit nur in einem Käfig verbracht, nun ja, in einem Gefängnis, dort gibt es einige Einzelzellen. Er saß dort einfach.«*

Augenzeugen berichten, dass nach einer erfolgreich bestanden Filtration das Verhalten der Offiziellen etwas menschlicher und zugänglicher wurde. Diejenigen, die sich einer Filtration zum Zwecke der Ausreise nach Russland unterzogen, berichten von Freiwilligen,

die sie nach dem Verlassen der Filtrationseinrichtung mit Wasser, Lebensmitteln und russischen SIM-Karten versorgten. Dabei werden Menschen darauf hingewiesen, dass sie »in Russland Hilfe und auch russische Pässe bekommen können«. Die Einreise zum Verbleib in Russland oder zur Weiterreise in andere Länder ist dann möglich.

Menschen aus umkämpften Gebieten, die in einem »Evakuierungsbus« nach Russland einreisen und keinen festen Zielort in Russland angeben können, werden in russische Flüchtlingsunterkünfte verteilt. Den Geflüchteten wird der Zielort häufig erst nach der Ankunft mitgeteilt, sodass es bis zum Aussteigen ungewiss bleibt, wohin sie gebracht werden. Dies wird von der ukrainischen Seite als Deportation ukrainischer Bürger gewertet. Wie im Falle der Internierung von Zivilisten (Art. 42. Genfer Konvention IV), bezieht sich die ukrainische Regierung auf die Genfer Konvention, deren Artikel 49. IV besagt, dass »eine Ausweisung oder Deportation aus einem besetzten Gebiet gegen den Willen der betroffenen geschützten Personen unabhängig vom Grund unzulässig ist«.

Ohne sich registrieren und erkennungsdienstlich behandeln zu lassen (Erhebung von biometrischen Daten) dürfen ukrainische Bürger aktuell bis zu 90 Tage im Jahr in Russland bleiben, die Bürger der vor kurzem annektierten Volkrepubliken Donezk und der Volksrepublik Luhansk – bis zu 180 Tage. Um Sozialhilfe und eine Arbeitserlaubnis in Russland zu bekommen, müssen ukrainische Bürger einen »vorübergehenden Schutz« beantragen. Die entscheidende Bedingung bei dieser Prozedur ist die Abgabe des ukrainischen Passes an die russische Migrationsbehörde, bei der dieser aufbewahrt wird, bis der »vorübergehende Schutz« ausläuft. Mit dem Aufenthaltstitel eines Schutzsuchenden ist eine Weiterreise in andere Länder nicht möglich.

Resümee

Primär ist festzustellen, dass das System der Filtration vor allem ein Instrument Russlands zur Erfüllung der eigenen Sicherheitsbedürfnisse darstellt. Die beiden beschriebenen Arten der Filtration dienen dabei offensichtlich mehreren Zwecken. So ist die Vor-Ort-Filtration als Zensus- und Kontrollinstrument hilfreich, um einen Gesamtüberblick über die örtliche Bevölkerung zu erhalten und unter den verbliebenen Einwohnern nach potenziellen Kollaborateuren zu suchen. Gleichzeitig dient diese als Einschüchterungsinstrument gegen diejenigen, die als nicht ausreichend loyal zur Besatzungsmacht erscheinen. Es scheint beabsichtigt, Protestpotenziale in der Bevölkerung früh zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, um die Gebiete und ihre verbliebene Bevölkerung möglichst reibungsfrei eingliedern zu können.

Die »Grenzübergangsfiltration« scheint vor allem von der russischen Angst vor Sabotageakten in Russland selbst bzw. der besetzten Krim geprägt zu sein. Das Verhalten der russischen Sicherheitskräfte zielt offenbar zugleich darauf ab, eine möglichst hohe innere Anspannung und Einschüchterung bei den Betroffenen zu erzeugen und die Machtverhältnisse in Russland deutlich zu machen. Zugleich werden feindlicher Haltungen verdächtige Personen durch die Filtration identifiziert und inhaftiert. Ihr weiterer Verbleib bleibt weitgehend unklar und entzieht sich internationalen Rechtsnormen. Da die genauen Zahlen der durch die Filtration geführten Menschen nicht zuverlässig zu erheben sind, können diese im Text auch nicht verlässlich genannt werden.

Die Filtration scheint in ihrem System und Ablauf keinem koordinierten Vorgehen zu unterliegen. Das Verhalten der Vernehmer und Sicherheitsbeamten liegt außerhalb des rechtlichen Rahmens und unterliegt keinen sichtbaren Kontrollmechanismen. Es scheint in Weitem willkürlich und vom Gewissen und der Haltung der Vernehmer abzuhängen. Dies lässt sich an abweichenden Details in den Schilderungen von Filtrationsprozessen festmachen, in denen einige fast problemlos, andere hingegen kritisch und lebensgefährlich verlaufen. Immer aber sind Verlauf und Ausgang von Willkür geprägt und absolut unvorhersehbar. Auch die Tatsache, dass in ukrainischen Telegram-Kanälen Tipps verbreitet werden, an welchen Stellen eine Filtration weniger risikoreich zu sein scheint (so werden die Filtrationsstellen in der inzwischen annektierten Volksrepublik Donezk als besonders schwierig beschrieben), stützt diese Sichtweise.

Die rechtlich ungeschützte Lage der fliehenden Menschen, die darauf angewiesen sind, Loyalität vorzuspielen, um die Filtration zu bestehen, wird vom russischen Regime zudem auch für Selbstdarstellungszwecke missbraucht. So werden Menschen vor oder nach einer Filtration von russischen staatlichen Medien interviewt und gefilmt, um ein Bild der Dankbarkeit gegenüber Russland für eine vorgebliche Rettung zu zeigen.

Die Fixierung auf das Aufspüren »ukrainischer Nazis« mit Fragen nach Verbindungen zu diesen und

der Suche nach eindeutigen Symbolen (z. B. durch Tätowierungen), deuten auf ein verzerrtes und von der Propaganda geprägtes Ukraine-Bild bei den russischen Sicherheitskräften hin. Dennoch lässt sich trotz dokumentierter Gewaltnutzung und willkürlichen Internierungen und Inhaftierungen von Betroffenen aus den untersuchten Quellen kein Hinweis auf eine ideologische Rahmung des Filtrationsprozesses feststellen, die über die allgemeinen Vorstellungen der russischen Propaganda hinausgeht. Die Fehleinschätzung der tatsächlichen Stimmungslage der betroffenen Personen spiegelt sich in den Hilfsangeboten und dem »milden« Umgang mit Einreisenden nach ihrer Filtration wider. Im Vordergrund des Prozesses stehen aber die Sicherheitsbedenken des russischen Regimes, das bei geringstem Verdacht bereit ist, potenzielle Verdächtige unter Missachtung sämtlicher Rechtsnormen zu internieren.

Der gesamte Prozess der Filtration ist ein von Willkür, Einschüchterungen und auch Gewalterfahrungen geprägter, rechtsfreier Raum. Dies gilt besonders für diejenigen, die die Filtration nicht bestehen und jederzeit mit Freiheitsentzug, der Anwendung von Gewalt oder deren Androhung rechnen müssen. Problematisch ist zudem die Lage vieler ukrainischer Zivilisten, die für ihre Ausreise auf einen Filtrationsprozess warten müssen. Ihr zeitlich unabsehbarer Aufenthalt teils unter freiem Himmel ohne Zugang zu Wasser, Lebensmitteln und Hygieneeinrichtungen ist ein humanitäres Problem, das eines dringenden Zugangs durch internationale humanitäre Organisationen bedarf.

Nach der Genfer Konvention gelten unrechtmäßiger Freiheitsentzug und die Folter von Zivilisten zwar als Kriegsverbrechen. Die Ahndung jeglicher Menschenrechtsverletzungen, die im Zuge der Filtration stattfinden, ist unter den aktuellen Umständen jedoch praktisch unmöglich. Denn die »Blackbox Filtration« macht zukünftige Ermittlungen schwierig, da die Verantwortlichen oft anonym agieren und der gesamte Filtrationsprozess weitgehend undokumentiert und unbeobachtet abläuft.

Über die Autorin

Yana Lysenko studiert MA-Politikwissenschaft an der Universität Bremen und ist assoziierte Wissenschaftlerin der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Ihre Forschungsinteressen liegen in den Bereichen der Konfliktforschung (aktuell insbesondere in den Ukraine-Russland-Beziehungen) und der De-facto-Staaten.

Bericht von Human Rights Watch zu den Filtrationslagern

Die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW) veröffentlichte am 1. September 2022 einen 71-seitigen Bericht unter dem Titel *“We Had No Choice”: “Filtration” and the Crime of Forcibly Transferring Ukrainian Civilians to Russia*, in dem HRW das Filtrationssystem der russischen Besatzungsmacht in der Ukraine dokumentiert. Laut HRW stellt die Filtration ein Kriegsverbrechen dar und gilt als potenzielles Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im Folgenden wird die Zusammenfassung des Berichts dokumentiert.

Zusammenfassung

Since Russia’s full-scale invasion of Ukraine on February 24, 2022, Russian and Russian-affiliated officials have forcibly transferred Ukrainian civilians, including those fleeing hostilities, to areas of Ukraine occupied by Russia or to the Russian Federation, a serious violation of the laws of war amounting to a war crime and a potential crime against humanity. Many of those forcibly transferred were fleeing the besieged port city of Mariupol.

Russian and Russian-affiliated authorities also subjected thousands of these Ukrainian citizens to a process referred to by Russia as “filtration,” a form of compulsory security screening, in which they typically collected civilians’ biometric data, including fingerprints and front and side facial images; conducted body searches, and searched personal belongings and phones; and questioned them about their political views. Ukrainian civilians were effectively interned as they waited to undergo this process, with many reporting that they were housed in overcrowded and squalid conditions, for periods as short as several hours for up to almost a month.

Forced transfers and the filtration process constitute and involve separate and distinct abuses against civilians, although many Ukrainian civilians experienced both.

This report documents the forcible transfer of Ukrainian civilians from Mariupol and the Kharkiv region to Russia and Russian-occupied areas of Ukraine. Unlike combatants who, once captured, are held as prisoners of war (POWs) and may be moved to enemy territory, the forcible transfer of civilians is prohibited under international humanitarian law, or the laws of war, and can be prosecuted as a war crime and a crime against humanity. The report describes various kinds of pressure the Russian military and other Russian and Russian-affiliated officials used to make Ukrainian civilians fleeing hostilities go to Russia or the so-called “Donetsk People’s Republic” (DNR), an area of the Donetsk region controlled by Russian-affiliated armed groups and currently occupied by Russia (DNR is used in this report as a reference to this area, not as recognition of any claims to sovereignty). The report also describes the many challenges Ukrainian civilians faced and the abuses they suffered as they attempted to flee Mariupol for Ukrainian-controlled territory and avoid going to Russia, or as they tried to leave Russia for a third country.

On June 20, Iryna Vereshchuk, Ukraine’s deputy prime minister, claimed that 1.2 million Ukrainians had been forcibly taken to Russia, including 240,000 children. In late July, the Russian News Agency (TASS) reported that over 2.8 million Ukrainians had entered the Russian Federation from Ukraine, including 448,000 children. It reported that about half these Ukrainian nationals held passports from the DNR or the “Luhansk People’s Republic,” an area of the Luhansk region controlled by Russian-affiliated armed groups and currently occupied by Russia (LNR is used in this report as a reference to this area, not as recognition of any claims to sovereignty).

Although the total number of Ukrainian civilians transferred to Russia—either voluntarily or involuntarily—remains unclear, many were transported to Russia in organized mass transfers, even though they were hoping to go to Ukrainian-controlled territory, in a manner and context that renders them illegal forcible transfers.

Russian and Russian-affiliated officials organized transport to Russia and told some civilians that they had no choice but to stay in Russian-occupied areas or go to Russia and should “forget about” going to Ukrainian-controlled territory. One woman from Mariupol who was transferred to Russia said: “Of course we would have used the opportunity to go to Ukraine if we could have, for sure. But we had no choice, no possibility to go there.” Other civilians said that military or other personnel at checkpoints instructed Ukrainian citizens fleeing hostilities to go to Russia or the DNR. Military personnel who rounded up civilians in occupied territories told them the same, although in some cases, Russian forces allowed people to proceed to Ukrainian-held territory.

Some people told Human Rights Watch they went to Russia voluntarily, including men wanting to avoid the travel restrictions under Ukraine’s martial law, which with limited exceptions, does not allow men ages 18 to 60 to leave the country.

Mariupol residents who had the financial means to organize their own private transportation, rather than rely on Russian organized evacuation buses, were able to travel to Ukrainian-controlled territory, sometimes after completing the filtration process, while others managed to leave the city to Ukrainian-controlled territory without going through the process.

Many traveled through areas of heavy fighting and ongoing shelling, along streets littered with dead bodies and burnt-out buildings, to escape Mariupol. They then passed through numerous checkpoints manned by Russian or Russian-affiliated forces, where they were often repeatedly questioned and searched, before finally reaching Zaporizhzhia in Ukrainian-controlled territory, where volunteers and aid groups have been providing humanitarian assistance and other support for new arrivals.

Residents from some villages and a city in the eastern Kharkiv region, bordering Russia, including the villages of Lyptsi, Ruska Lozova, and Ternova, were also forcibly transferred to Russia, but did not undergo filtration in Russian-occupied areas. A 70-year-old man from Ruska Lozova described what Russian forces warned him of in their attempt to convince him to leave his home: “You lived under us and so if the Ukrainian army comes, they will punish you,” he said the Russian forces told him. “You will be executed.” While he did not give in, hundreds of families from the village, including his neighbor, did leave for Russia.

At the Russian border, most Ukrainians went through another screening process before being sent to different parts of Russia, where many are now cut off from their families and friends, fearful and uncertain about what lies ahead, according to their family members and volunteers assisting Ukrainians who are in Russia but want to leave.

While in Russia, some interviewees were pressured to sign, and witnessed other people signing, documents stating that they had witnessed war crimes by Ukrainian forces. Some of those who had access to smartphones and social media networks were able to connect with activists who helped facilitate their transport out of Russia through Estonia, Latvia, or Georgia. Once they made it to the border, though, some had difficulties crossing from Russia because they lacked the proper identification documents, having left them behind in Ukraine when fleeing the shelling and other violence.

The report also documents the filtration or security screening process that DNR officials and Russian authorities have used to capture vast amounts of personal data about Ukrainian civilians, including their biometrics. While Russia may have legitimate grounds to conduct security screening on individuals voluntarily seeking to enter Russian territory, the filtration process in its scope and the systemic manner in which Russian forces and authorities organized and forced Ukrainian civilians to undergo it, is punitive and abusive. It is a mass illegal data collection exercise being carried out by Russian and Russian-affiliated forces outside of the territory of Russia, targeting non-Russians, with no legal underpinnings. It involves a clear violation of the right to privacy and could put those subject to it at risk of being targeted or suffering other abuses for years to come. For example, in Mariupol, Russian and Russian-affiliated forces rounded up civilians they suspected of having ties to the Ukrainian military and sent them for filtration. This became more commonplace as Russia sought to entrench control in areas it occupies in southern Ukraine. In some cases, Ukrainian civilians understood that if they were to be allowed safe passage from areas of active hostilities or even to move around on roads controlled by Russian and Russian-affiliated forces, they had to undergo a filtration or screening process.

In the villages of Bezimenne and Kozatske in the DNR, almost 200 people were effectively interned after they completed the filtration process and had received “filtration receipts,” indicating that they had successfully completed the process. For over 40 days, DNR personnel refused to return their passports and prevented them from leaving the village, where they sheltered in local schools or a cultural center in unsanitary conditions with meager food rations.

The report notes that individuals who “failed” the filtration process in the DNR, apparently due to their suspected ties to the Ukrainian military or to nationalist groups, were detained in the DNR. Some of those detained, whose whereabouts and fate are unknown, are presumed forcibly disappeared according to family members. While this report cannot document their fate beyond that, there are serious grounds for concern that these individuals are at risk of grave harm, including torture or other ill-treatment; in particular, the lives of those forcibly disappeared may be at risk.

The practices documented in this report are distinct from the arbitrary detention of Ukrainian civilians by Russian and Russian-affiliated forces and their subsequent unlawful transfer to pre-trial detention centers and penal colonies in Russia. Human Rights Watch has documented this practice in other publications.

This report is based on Human Rights Watch interviews with 18 people who went to Russia—15 from the Mariupol area, 1 from Donetsk, and 2 from the Kharkiv region—10 of whom also underwent the filtration process. Human Rights Watch interviewed another 8 people who went through the filtration process in the DNR but were able to continue on to Ukrainian-controlled areas and avoided being transferred to Russia.

The report is also based on interviews with 21 Mariupol and Kharkiv residents whose family members and friends were transferred to Russia, most of whom remained in Russia as far as the interviewees knew. Human Rights Watch also interviewed eight lawyers and activists in Russia and Europe who have been helping newly arrived Ukrainians leave Russia.

Human Rights Watch also spoke with dozens of civilians from the Mariupol area who were able to escape the war zone to Ukrainian-controlled territory without undergoing filtration. We spoke with them to gather information about the international humanitarian law violations in Mariupol, including indiscriminate bombing and shelling, and access to food, water, and other humanitarian needs in the city, as well as about their experiences fleeing the city to safety.

Most of the cases documented by Human Rights Watch where Ukrainians from the Mariupol and Kharkiv areas were transported to Russia amount to forcible transfers. The laws of war prohibit Russian or Russian-affiliated forces from forcing Ukrainian civilians, individually or en masse, to evacuate to Russia. A forcible transfer is a war crime and a potential crime against humanity and includes a transfer in circumstances where a person consents to move only because they fear consequences such as violence, duress, or detention if they remain, and the occupying power is taking advantage of a coercive environment to transfer them. Transferring or displacing civilians is not justified or lawful as being on humanitarian grounds, if the humanitarian crisis triggering the displacement is itself the result of unlawful activity by the occupying power.

In at least five cases documented by Human Rights Watch, the interviewees' consent to be transferred may be genuine, as they said they wanted to go to Russia in order to travel onwards to Europe after. Such cases may not constitute forcible transfers.

Russian and Russian-affiliated forces in all parts of Ukraine that they now occupy should ensure that civilians can leave in safety to Ukrainian-controlled territory if they choose, regardless of whether they have private vehicles to flee in. They should ensure that people who board buses heading to Russia are fully informed about where the buses are going and are given options if they do not want to travel to Russia. They should stop all forms of pressure on Ukrainian citizens to go to Russia and should facilitate the return to Ukraine of all Ukrainian civilians who wish to do so.

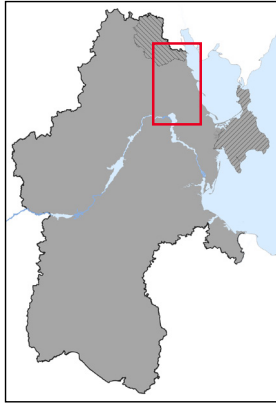
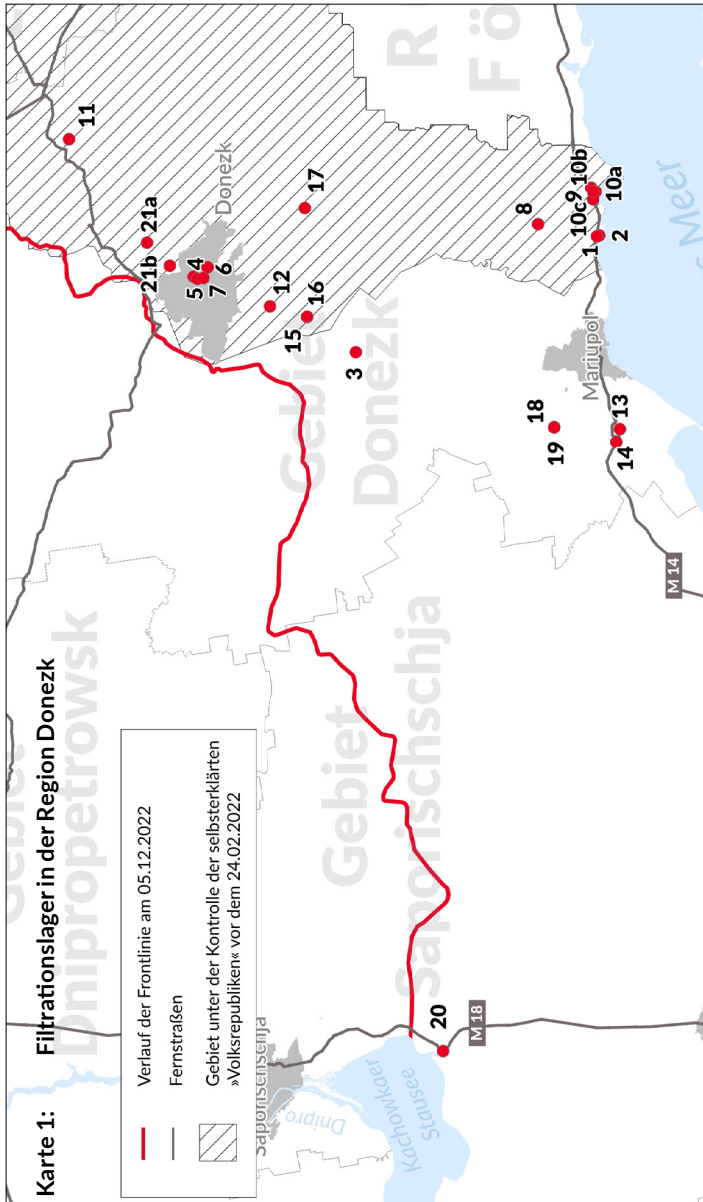
While Russian authorities can conduct essential security screenings of those seeking to enter Russia, they should halt all ongoing biometric data collection and retention processes. Russian authorities should only ever collect biometric data where lawful, proportionate, and necessary to do so, and should inform data subjects of why their data is being collected, how it will be used, and how long it will be held for.

To help ensure that the perpetrators of grave violations of the laws of war in Ukraine, including forced transfers, and other serious abuses against civilians such as filtration, are investigated and brought to justice, Ukraine should ratify the Rome Statute of the International Criminal Court, which it signed in 2000.

Der vollständige Bericht ist abrufbar unter <https://www.hrw.org/report/2022/09/01/we-had-no-choice/filtration-and-crime-forcibly-transferring-ukrainian-civilians>.

KARTE

Filtrationslager in der Region Donezk



Quelle: System of Filtration. Mapping Russia's De-
 tention Operations in Donetsk Oblast, Yale School
 of Public Health. Humanitarian Research Lab
 25.08.2022, [https://hub.conflictobservatory.org/
 portal/apps/sites/#/home/pages/filtration-1](https://hub.conflictobservatory.org/portal/apps/sites/#/home/pages/filtration-1); Ver-
 lauf der Frontlinie: David Batashvili, [https://www.
 google.com/maps/d/viewer?mid=1lscRK6ehG012V-
 XvJ16nsyblMsQ&hl=en_US&ll=48.5996042352862%
 2C34.154794281884755&z=7](https://www.google.com/maps/d/viewer?mid=1lscRK6ehG012V-XvJ16nsyblMsQ&hl=en_US&ll=48.5996042352862%2C34.154794281884755&z=7); Karte in QGIS erstellt von
 der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen,
 mit zusätzlicher Recherche von Geodaten.

Nr	Ort	Name/Standort
1	Besimene	Filtrationsposten
2	Besimene	Schule
3	Buhas	Dorfverwaltung
4	Donezk	Zentrale des »Innenministeriums« der »Volksrepublik Donezk« (»DNR«)
5	Donezk	Untersuchungshaftanstalt
6	Donezk	Isolazija-Haftanstalt
7	Donezk	Abteilung zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens
8	Kosazke	Schule
9	Nowoasowsk	Lokale Bezirksverwaltung des »Innenministeriums« der »DNR«

Nr	Ort	Name/Standort
10 a-c	Nowoasowsk	Schule (das Humanitarian Research Lab der Yale School of Public Health konnte nicht mit Sicherheit bestimmen, ob die Schule Nr. 1 oder Nr. 2 oder Nr. 3 als Filtrationslager verwendet wurde)
11	Oleniwka (Ra- jon Bachmut)	Strafkolonie Nr. 52
12	Oleniwka (Raion Wolho- wacha)	Strafkolonie Nr. 120
13	Manhusch	Lokale Bezirksverwaltung des »Innen- ministeriums« der »DNR«
14	Manhusch	Filtrationsposten
15	Dokutsch- jewsk	Lokale Bezirksverwaltung des »Innen- ministeriums« der »DNR«

Nr	Ort	Name/Standort
16	Dokutsch- jewsk	Zentrum für Kultur und Freizeit
17	Starobeschewe	Polizei
18	Nikolske	Lokale Bezirksverwaltung des »Innen- ministeriums« der »DNR«
19	Nikolske	Schule
20	Wassyliwka	Straßencheckpoint
21 a-b	Makijiwka	Haftanstalt (das Humanitarian Research Lab der Yale School of Public Health konnte nicht mit Sicherheit bestimmen, ob die Strafkolonie Nr. 32 oder Nr. 97 als Filtrationslager verwendet wurde)

KOMMENTAR

Keine Verhandlungen um jeden Preis

Sabine Fischer (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

Leider kursiert gerade sehr viel Unsinn über die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine. Behauptungen wie »Niemand redet mit Russland«, »Die Ukraine verweigert Verhandlungen«, »Der Westen verbietet der Ukraine zu verhandeln« und Ähnliches mehr sind im Umlauf. Die folgenden drei empirisch belegten Einwände können der verquerten Debatte hoffentlich etwas mehr Substanz verleihen:

Einwand 1: Es wird verhandelt, und zwar dauernd und schon sehr lang! Das Normandie-Format (mit Deutschland, Frankreich, der Ukraine und Russland) verhandelte 2014/15 die Minsker Vereinbarungen und weitere 8 Jahre lang deren Umsetzung – die nie gelang, weil die Ukraine und Russland sich über grundlegende territoriale und Statusfragen uneins waren. Am wichtigsten aber: Russland bestritt seine Rolle als Konfliktpartei (die es war). Zudem versuchte Russland die Verhandlungen und die Minsker Vereinbarungen zu missbrauchen, um seinen politischen Einfluss in der Ukraine in Gestalt der russisch kontrollierten Territorien im Osten des Landes zu festigen. Von Dezember 2021 bis zum 17.02.2022 fanden intensive Verhandlungen über Russlands Forderung nach »Sicherheitsgarantien« statt. Das war ein Ultimatum, mit dem die USA und NATO zur Aufteilung Europas in Einflusszonen gezwungen werden sollten. Die Ukraine sollte selbstverständlich der russischen Einflusszone angehören. Russland versuchte, in einem Moment westlicher Schwäche (symbolisch stand dafür besonders der Afghanistan-Abzug) die »Ukraine-Frage« ein für alle Mal zu regeln. Damit scheiterte der Kreml. Also traf Putin die mörderische Entscheidung, unprovokiert das Nachbarland zu überfallen und zu vernichten. Auch damit scheiterte Moskau, und muss deshalb bis heute weiterkämpfen.

Vom 28.02. bis 17.05.2022 verhandelten die Ukraine und Russland direkt und unter türkischer Vermittlung über einen Waffenstillstand. Russland wollte einen Diktatfrieden sowie die Selbstauflösung (»Entnazifizierung«) der Ukraine. Die Ukraine machte weitreichende Kompromissvorschläge. Im Istanbul Kommuniqué, das Ende März vorgelegt wurde, bot sie Neutralität an, forderte Sicherheitsgarantien und zeigte Bereitschaft, in einem Zeitraum von 15 Jahren über den Status der Krim zu verhandeln. Was sich parallel veränderte, war der militärische und der politische Kontext der Gespräche: Zum einen scheiterte Russland mit dem Versuch, die Ukraine in wenigen Tagen militärisch zu überrennen. Zum anderen ließen die in den im April befrei-

ten Gebieten aufgedeckten genozidalen Kriegsverbrechen und die Schlacht um Mariupol im April/Mai 2022 in der Ukraine Vertrauen und gesellschaftliche Unterstützung für Verhandlungen schwinden. Der Ukraine gelang es außerdem, nicht zuletzt mit westlicher Unterstützung, das militärische Gleichgewicht zu verschieben. Am 17.05.2022 zogen sich beide Parteien aus den Gesprächen zurück.

Es wurde aber weiter verhandelt über 1) humanitäre Fragen; 2) Getreideexporte; 3) das ukrainische AKW Saporischschja. Erfolgreich war der Getreide-Track, aus dem unter türkischer und UN-Vermittlung am 22.07.2022 ein Abkommen hervorging. Russland begann sofort, den Deal propagandistisch zu unterlaufen und versuchte am 29.10.2022, ihn zu zerstören. Das wurde vom türkischen Präsidenten Erdogan verhindert, was den gewachsenen Einfluss der Türkei gegenüber Russland spiegelt. Mitte November wurde der Deal um 120 Tage bis Frühjahr 2023 verlängert.

Dank der Kontakte über humanitäre Fragen gelingen immer wieder Gefangenenaustausche. Den Track zum AKW Saporischschja hat Russland mit der proklamierten Annexion von vier weiteren ukrainischen Gebieten im September 2022 beendet – denn nun wird behauptet, das AKW läge auf russischem Gebiet und damit seien Verhandlungen überflüssig.

Einwand 2: Russland (nicht die Ukraine erschwert durch seine auf allen Ebenen destruktive Politik jede Form von Verhandlungen! Das hat die Annexion der vier Gebiete Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson im September noch einmal eindrucksvoll belegt. Sie bedeutete eine massive Eskalation des Krieges und macht eine diplomatische Lösung bis auf Weiteres unmöglich. Das Istanbul Kommuniqué ist passé. Auch die türkische Vermittlung ist erschwert. Der türkische Präsident Erdogan hatte sich mehrmals ausdrücklich gegen die Annexion gewandt. Seit Anfang Oktober zerstört Russland durch die Luft gezielt ukrainische zivile und kritische Infrastruktur mit dem Ziel, der ukrainischen Bevölkerung die Lebensgrundlagen zu nehmen. Diese Taktik unterstreicht noch einmal den genozidalen Charakter des russischen Angriffskrieges. Nichts weist darauf hin, dass die russische politische Führung ihre ursprünglichen Kriegsziele verändert oder abgeschwächt haben könnte.

Einwand 3: Dass der Westen nicht selbst beteiligt ist, heißt nicht automatisch, dass es keine Verhandlungen gibt! Manchmal scheint das hiesige Lamento eher der

deutschen Nabelschau als den Realitäten im Konflikt zu entspringen. Die Vermittlung haben erst einmal andere übernommen, nachdem Russland mit dem Überfall die bestehenden Formate unter westlicher Beteiligung vernichtet hatte. Erdogan ist für beide Seiten ein akzeptabler Gesprächspartner. Und bei aller Kritik und Skepsis muss man ihm lassen, dass er den Job bislang sehr gut gemacht hat. Zu danken ist auch UN-Generalsekretär Guterres. Westliche Akteure werden bis auf weiteres auf

flankierende Maßnahmen beschränkt bleiben. Sie müssen im eigenen Interesse der Ukraine weiter dabei helfen, das militärische Gleichgewicht bis zu dem Punkt zu verschieben, an dem Russland einsieht, dass es diesen Krieg mit Waffen nicht gewinnen wird. Dann wird es Verhandlungen geben, und zwar solche, in denen die Ukraine Eigenstaatlichkeit, Unabhängigkeit und territoriale Integrität wahren kann. Das muss das Ziel sein – nicht Verhandlungen um jeden Preis.

Über die Autorin

Dr. Sabine Fischer ist Senior Fellow in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien der Stiftung Wissenschaft und Politik – Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit (SWP), Berlin.

Lesetipps:

- Sabine Fischer (2022): Einleitung Friedensverhandlungen im Krieg zwischen Russland und der Ukraine: Mission impossible, SWP Aktuell Nr. 66 Oktober 2022, https://swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A66_krieg_russland_ukraine_Web.pdf.

KOMMENTAR

Verhandlungslösung?

Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Es wird verhandelt

In Reaktion auf den andauernden russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine werden regelmäßig Verhandlungen gefordert. Bevor hier die zentralen Herausforderungen für solche Verhandlungen zusammengefasst werden, muss erst einmal festgestellt werden, dass nicht etwa der »Gesprächsfaden abgerissen ist«. Im Rahmen internationaler Organisationen, vom UN-Sicherheitsrat bis zur G20, wird regelmäßig mit hochrangigen Vertretern Russlands gesprochen. Im Vorfeld des russischen Angriffs, von Dezember 2021 bis Februar 2022, gab es über 40 bilaterale Gespräche auf der Ebene von Ministern oder Regierungschefs westlicher Staaten mit Russland. Auch aktuell gibt es noch Telefonate etwa des deutschen Bundeskanzlers oder des französischen Staatspräsidenten mit dem russischen Präsidenten. Die Ukraine verhandelte mit Russland in den ersten Kriegswochen über ein Friedensabkommen. Es gab Verhandlungen über das Getreideabkommen, zuletzt im November. Es gibt regelmäßig Verhandlungen über den Austausch von Kriegsgefangenen. Vermittelt über die Internationale Atomenergie-Organisation wird über den Status des Atomkraftwerks Saporischschja verhandelt.

Einzige greifbare Ergebnisse all dieser Verhandlungen sind das Getreideabkommen, das auch russische

Interessen berücksichtigt, und der Austausch von Kriegsgefangenen. Forderungen nach Verhandlungen meinen also nicht, dass endlich mal geredet werden muss, sondern dass endlich Ergebnisse erzielt werden sollen. Das ist derzeit aber nur möglich, wenn Russland Zugeständnisse gemacht werden. Russland hat ein Viertel des ukrainischen Staatsgebietes für annektiert erklärt und kontrolliert de facto derzeit etwa 18 % der Ukraine. Ein Rückzug ist von russischer Seite offensichtlich nicht vorgesehen. Territoriale Zugeständnisse an Russland müssten also Teil der Verhandlungen sein. Völlig unabhängig von der Frage, wer unter welchen Umständen solche Zugeständnisse machen könnte, ergeben sich dabei drei zentrale Probleme, auf die bei jeder Forderung nach Verhandlungen eine Antwort gegeben werden muss.

1. Terrorregime in den besetzten Gebieten

Der Bevölkerung in den von Russland besetzten Gebieten bringt eine Verhandlungslösung keinen Frieden. Sie würde auf Dauer von russischen Besatzern terrorisiert. Diebstahl und Enteignung durch russische Armeeangehörige sind an der Tagesordnung. Es gibt umfangreiche Kontrollen auf pro-russische Einstellung (»Filtration«), willkürliche Erschießungen und Hinrichtungen, Foltergefängnisse und massenhafte Verschleppung von Kin-

den, die in Russland zwangsadoptiert werden. Da die besetzten Gebiete von Russland abgeschottet werden – der freie Zugang von internationalen Organisationen, unabhängigen Beobachtern oder Journalisten ist nahezu unmöglich –, wird der ganze Umfang russischer Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen nur dort deutlich, wo die russischen Truppen abgezogen sind.

2. Sicherheitsgarantien für die Ukraine

Russland hat die territoriale Integrität der Ukraine mehrfach anerkannt. Bereits der Vertrag zur Auflösung der Sowjetunion garantierte 1991 die territoriale Integrität. Im Budapester Memorandum bestätigte Russland 1994 nicht nur die territoriale Integrität der Ukraine sondern auch den Verzicht auf militärischen oder wirtschaftlichen Zwang als Gegenleistung für die Übergabe der ukrainischen Atomwaffen an Russland. Im 1999 in Kraft getretenen russisch-ukrainischen Freundschaftsvertrag wurde erneut die Unverletzbarkeit der Grenzen bestätigt. 2003 unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin persönlich den internationalen Vertrag, der den genauen Verlauf der russisch-ukrainischen Grenze festlegte.

All diese Garantien der ukrainischen Grenzen hat Russland bereits 2014 mit der Annexion der Krim gebrochen. Außerdem hat Russland seit 2014 über den Einsatz der eigenen Armee in der Ukraine immer gelogen. So wurde behauptet, die russische Armee sei nicht an der Annexion der Krim beteiligt gewesen. Ein Jahr später gab Putin den russischen Einsatz in einer Fernsehdokumentation zu. Russland bestreitet bis heute die Verantwortung für den Abschuss eines zivilen Flugzeugs über der Ostukraine im Sommer 2014, obwohl mittlerweile rechtskräftige Verurteilungen durch das zuständige niederländische Gericht vorliegen. Ebenso hat Russland bestritten, die eigene Armee vor 2022 in den Separatistengebieten in der Ostukraine stationiert zu haben, obwohl es regelmäßig Beweise für die Anwesenheit russischer Truppen gab. Noch wenige Tage vor dem Großangriff auf die Ukraine im Februar 2022 leugnete Russland vehement entsprechende Vorwürfe und bezeichnete sie als westliche Panikmache und Propaganda.

Wenn es jetzt eine Verhandlungslösung geben sollte, wäre es naiv zu glauben, dass sich Russland nun an alle Vereinbarungen hält. Wenn die Ukraine sicher sein will, dass sie nicht wieder wie im Februar 2022, in einem unerklärten Krieg von Russland überfallen wird, braucht sie Sicherheitsgarantien. Ansonsten gibt eine Verhandlungslösung Russland nur Zeit, wieder aufzurüsten, um einen neuen Angriff zu starten.

Über den Autor

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

3. Präzedenzfall erfolgreicher Eroberung

Es geht aber nicht nur um den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Eine Verhandlungslösung mit Russland würde der ganzen Welt demonstrieren, dass Kriege wieder für Gebietsgewinne genutzt werden können. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind Eroberungskriege nicht nur durch internationales Recht verboten, sondern Kriege zwischen Staaten sind tatsächlich zu einer Ausnahme geworden. Versuche, durch Annexionen Staatsgrenzen zu verschieben, werden international nicht anerkannt.

Jede aktuell realistische Verhandlungslösung mit Russland müsste aber russische Eroberungen akzeptieren. Das wäre ein globales Signal, dass Eroberungen möglich sind, und eine bessere militärische Vorbereitung die Kosten für solche Eroberungen reduziert. Folge wäre nicht nur ein stärkeres Wettrüsten in vielen Weltregionen, sondern der vermeintliche Frieden in der Ukraine würde Eroberungskriege in der Welt wahrscheinlicher machen.

Resümee

Im Ergebnis gilt, was der Russland-Experte und ehemalige US-Botschafter in Moskau, Michael McFaul, jüngst auf Twitter prägnant formulierte: “No one I know is against diplomacy with Putin to end his invasion of Ukraine. And no one I know has a workable, realistic strategy for achieving or even starting that process. Shouting, ‘more diplomacy’ is not a strategy. It is not ‘realism’”.

Die oft wiederholte Aussage, dass jeder Krieg durch Verhandlungen endet, verstellt den Blick dafür, dass in vielen Fällen – vom Zweiten Weltkrieg bis zum Abzug der USA aus Afghanistan – dabei keine Lösung ausgehandelt wurde, sondern das Ergebnis durch den Krieg vorgegeben war. Umgekehrt bringen echte Verhandlungslösungen keinen Frieden, wenn sich eine Seite nicht verpflichtet fühlt, sich auch dann noch an das Verhandlungsergebnis zu halten, wenn eine erneute militärische Eskalation Erfolge verspricht oder wenn die Verhandlungslösung sabotiert werden kann, wie Russland das bereits im Fall der Minsker Abkommen praktiziert hat.

In einer globalen Perspektive geht es vor allem darum, dass verhindert werden muss, dass das Verschieben von Staatsgrenzen durch einen Angriffskrieg und massenhafte Kriegsverbrechen wieder dauerhaft Teil von Außenpolitik werden können. Es geht um sehr bescheidene Mindeststandards für die friedliche Koexistenz von Staaten. Diese werden von Russland im Krieg gegen die Ukraine jeden Tag systematisch, massiv und von menschenverachtender Propaganda begleitet gebrochen. Das sollte nicht verhandelbar sein.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll, Hartmut Schröder
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>